

Entscheidungsvorschläge zu Hinweisen/Einwendungen im Bauleitplanverfahren

BEZEICHNUNG DER MAßNAHME: **Bebauungsplan Nr. 276 „Südlich Helmingstraße“, Stadt Papenburg, Stadtteil Aschendorfermoor**

VERFAHRENSGANG: **Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB**

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen:

1. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat INFRA I 3, Bonn, 06.02.2025
2. Avacon Netz GmbH / Avacon Wasser / WEVG GmbH & Co. KG vom 03.02.2025
3. Tennet TSO GmbH, Lehrte vom 04.02.2025
4. Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH (S01420152), Hannover vom 21.02.2025
5. Wasserverbandes Hümmling, Werlte vom 13.02.2025
6. Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg, Emden vom 26.02.2025

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben Bedenken oder Anregungen/Hinweise zur Planung vorgetragen:

1. Stellungnahme: Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege, Abteilung Archäologie, Oldenburg
Datum: 26.02.2025

Inhalt

Seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden dazu folgende Anregungen vorgetragen: Wir erhalten unsere Stellungnahme von 21.02.2024 (Az. A5-57731-24/25) aufrecht.

Entscheidungsvorschlag:

Zur Kenntnisnahme.

<p>Der in den Planungsunterlagen enthaltene Hinweis auf die Meldepflicht von Bodenfunden sollte jedoch wie unten geändert und unbedingt beachtet werden:</p> <p>Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- und frühgeschichtliche sowie mittelalterliche oder frühneuzeitliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Abteilung Archäologie – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, Tel. 0441 / 205766-15 unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig sind die Finder, die Leiter der Arbeiten oder die Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörden vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestatten.</p> <p>Der sollte auch in die Begründung einbezogen werden.</p>	<p>Da die Untere Denkmalschutzbehörde bei der Stadt Papenburg angesiedelt ist, wird an der im Planteil enthaltenen Formulierung festgehalten.</p> <p><i>„Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- und frühgeschichtliche sowie mittelalterliche oder frühneuzeitliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der Untere Denkmalschutzbehörde der Stadt Papenburg (bauverwaltung@papenburg.de) unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.“</i></p>
<p>2. Stellungnahme: Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), Hannover Datum: 25.02.2025</p> <p><u>Inhalt</u> In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:</p> <p><u>Hinweise</u> Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen / -untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Die Ausführungen sind in der Begründung im Kapitel 1.5.9, Unterpunkt Bodenschutz sowie als Hinweis b) bereits enthalten.</p>

<p>Sofern Hinweise zu Salzabbaugerechtigkeiten und Erdölaltverträgen für Sie relevant sind, beachten Sie bitte unser Schreiben vom 04.03.2024 (unser Zeichen: LID.4-L67214-07-2024- 0001).</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.</p>	<p>Nach dem derzeitigen Planungsstand sind Hinweise zu Salzabbaugerechtigkeiten und Erdölaltverträgen derzeit nicht relevant.</p> <p>Die weiteren Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p>3. Stellungnahme: Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV), Geschäftsbereich Lingen Datum: 10.03.2025</p> <p><u>Inhalt</u></p> <p>Vorgesehen ist die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 276 "Südlich Helmingstraße" der Stadt Papenburg. Das Plangebiet befindet sich im Ortsteil Aschendorf, zwischen der Gemeindestraße "Helmingstraße" und der Kreisstraße 106 "Gutshofstraße". Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Gemeindestraße "Helmingstraße".</p> <p>In straßenbau- und verkehrlicher Hinsicht bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes grundsätzlich keine Bedenken unter folgendem Hinweis:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Von der Landesstraße L62 gehen Emissionen aus. Für die geplanten Bauvorhaben können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsschutzes geltend gemacht werden. 	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Der Punkt ist bereits unter Hinweise d) im Planteil und in der Begründung enthalten.</p>

4. Stellungnahme: EWE-Netz GmbH, Oldenburg

Datum: 10.02.2025

Inhalt

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plan- oder Baugebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ planen Sie bitte einen Versorgungstreifen bzw. -korridore für z.B. Telekommunikationslinien und Elektrizitätsleitungen gemäß DIN 1998 von mindestens 1,6 m mit ein.

Weiterhin sind für die Stromversorgung von Baugebieten o.Ä. zusätzlich die Installation von Trafostationen in möglichst zentraler Lage erforderlich. Für den immer weiter steigenden Leistungsbedarf (z.B. durch Elektromobilität, Wärmepumpen und Erzeugungsanlagen) benötigt die EWE NETZ GmbH pro angefangene 50 Wohneinheiten jeweils einen weiteren Stationsplatz. Für die Auswahl der geeigneten Stationsplätze (ca. 7 m x 7 m) möchten wir Sie bitten, unsere regionale Planungsabteilung frühzeitig mit einzubinden.

Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt werden soll

Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der

Entscheidungsvorschlag:

Zur Kenntnisnahme.

Die Versorgungsleitungen und -anlagen bleiben soweit möglich in ihrem Bestand erhalten und werden bei der Planung beachtet. Eventuelle Umlegungen von Leitungstrassen oder technischen Anlagen werden mit dem jeweiligen Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme abgestimmt.

Die baulichen Maßnahmen werden rechtzeitig vor Baubeginn mit den Versorgungsunternehmen abgestimmt. Die Versorgungsträger werden vor Ort eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen. Bestandspläne der Versorgungsunternehmen werden bei der Planung beachtet. Die Planstraße wurde mit einer ausreichenden Breite geplant, so dass im Rahmen der Erschließungsplanung ein Versorgungstreifen mit einer Breite von mind. 1,6 m berücksichtigt werden kann.

Der Bedarf einer Trafostation wird im Rahmen der Erschließungsplanung geprüft. Flächen im öffentlichen (Verkehrs)Raum stehen hierzu zur Verfügung.

Die Stadt Papenburg wird bezüglich des Wärmekonzeptes im Bedarfsfall Verbindung mit dem Versorgungsträger aufnehmen.

Die Kostenregelung erfolgt gemäß den aktuellen Verträgen zwischen der Kommune und dem Versorgungsunternehmen.

<p>Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.</p> <p>Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.</p> <p>Damit die Planung Ihres Baugebietes durch uns erfolgen kann, teilen Sie uns bitte die dafür notwendigen Informationen über den folgenden Link mit:</p> <p>https://www.ewe-netz.de/kommunen/service/neubaugebietserschliessung</p> <p>In der Laufzeit Ihres Verfahrens kann sich unser Leitungs- und Anlagenbestand ändern. Damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage eines veralteten Planwerkes kommt, nutzen Sie dafür bitte unsere aktuelle Leitungs- und Anlagen Auskunft. Auf unserer Internetseite der EWE NETZ GmbH können Sie sich jederzeit nach einer erfolgreichen Registrierung auf unserem modernen Planauskunftsportal über die konkrete Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen informieren:</p> <p>https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen</p> <p>Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Claudia Vahl unter der folgenden Rufnummer: 0151-74493158.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Die baulichen Maßnahmen werden rechtzeitig vor Baubeginn mit den Versorgungsunternehmen abgestimmt. Die Versorgungsträger werden vor Ort eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen. Bestandspläne der Versorgungsunternehmen werden bei der Planung beachtet.</p> <p>Die weiteren Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p>5. Stellungnahme: Deutsche Telekom Technik GmbH, Osnabrück Datum: 18.02.2025</p> <p><u>Inhalt</u> Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i.S.v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>

<p>dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Die Telekom hat bezüglich der o.g. Bauleitplanung derzeit weder Anregungen noch Bedenken.</p> <p>Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z.B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren (Internet: https://trassenauskunftkabel.telekom.de oder per Email: Planauskunft.Nord@telekom.de). Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Die Ausführungen werden in der Begründung im Kapitel 1.5.4 „Versorgungsleitungen“ ergänzt.</p>
<p>6. Stellungnahme: Landkreis Emsland Datum: 07.03.2025</p> <p><u>Inhalt</u> Zum Entwurf der o.g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p>Städtebau Bezüglich des Hinweises j) sollte in der Planzeichnung die Kreisstraße kenntlich gemacht werden.</p> <p>Naturschutz und Forsten Artenschutzrechtliche Belange: Eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) wurde durchgeführt und mit den Planungsunterlagen vorgelegt. Nach dem Ergebnis der saP ist durch o.g. Bauleitplanung keine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zu erwarten.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>In der Planzeichnung wird bei der Gutshofstraße ergänzt, dass es sich um die K106 handelt.</p> <p>Naturschutz und Forsten Artenschutzrechtliche Belange: Zur Kenntnisnahme. Zur Kenntnisnahme.</p>

<p>Es kommt nicht zu erheblichen Störungen für wildlebende Tiere der streng geschützten Arten bzw. der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten.</p> <p>Für die im Plangebiet untersuchten Tierarten, die einem besonderen (§ 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG) und/oder strengen (§ 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG) Schutz unterliegen, sind in der Planung Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen bzw. Störungen oder Schädigungen sowie Schutzmaßnahmen (CEF) vorgesehen.</p> <p>Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen:</p> <p>Zur Vermeidung einer Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 BNatSchG hat die Herrichtung des Baufeldes (wie das Abschieben von Oberböden) außerhalb der Brutzeit boden- aber auch gehölzbrütender Vogelarten zu erfolgen, d.h. nicht in der Zeit zwischen dem 1. März und 31. Juli.</p> <p>Zur Vermeidung der Zerstörung von Gelegen haben notwendige Arbeiten im Seitenraum von Wegen, Straßen und Gräben außerhalb der Brutzeit von Brutvogelarten der Ruderalfluren, Brachen und Gewässer (insbesondere der Gräben) zu erfolgen, d. h. nicht in der Zeit zwischen dem 1. März und 31. Juli.</p> <p>Zur Vermeidung von Verstößen gegen die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG hat die Fällung von Gehölzen nicht in der Zeit zwischen dem 1. März und 30. September zu erfolgen.</p> <p>Vor der Fällung potentieller Höhlenbäume ist von fachkundigem Personal (Landespflege, Biologie Ornithologie, Naturschutzverband) zu prüfen, ob die Bäume von Fledermäusen genutzt oder bewohnt werden.</p> <p>Die (Straßen-)Beleuchtung und die Hausbeleuchtungen des zukünftigen Wohnbaugebietes sind fledermaus- und insektenfreundlich zu gestalten. Die Lichtimmissionen sind grundsätzlich auf ein unbedingt notwendiges Maß zu reduzieren. Die Beleuchtung ist so zu gestalten, dass eine Ausleuchtung der angrenzenden Gehölzstrukturen vermieden wird. Die Beleuchtung hat ausschließlich von oben zu erfolgen und ist so abzublenken, dass kein direktes Licht zu den Seiten ausgestrahlt wird. Eine</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen:</p> <p>Gemäß der Maßnahme „Vermeidung (Brutvögel)“ wurde der Zeitraum gemäß der zugrunde liegenden saP auf den Zeitraum 1. März bis 30. September festgelegt. Der Zeitraum wird entsprechend des Vorschlages der UNB angepasst.</p> <p>Die Maßnahme „Vermeidung (Brutvögel)“ wird um den vorgetragenen Punkt ergänzt.</p> <p>Der in den Maßnahmen „Vermeidung (Brutvögel)“ und „Vermeidung 1 (Fledermäuse)“ genannte Zeitraum, in denen keine Baumfällungen erfolgen dürfen, wird entsprechend der Anregung der UNB angepasst.</p> <p>Der Punkt wird in der Maßnahme „Vermeidung 1 (Fledermäuse)“ ergänzt.</p> <p>Die Ausführungen werden bei der Maßnahme „Vermeidung 2 (Fledermäuse)“ ergänzt</p>
---	--

Beleuchtung ist nur an Orten anzubringen, an denen sie benötigt wird, wenn möglich mit Bewegungsmelder bzw. Dimmer. Es sind insektenfreundliche Lampen und Leuchtmittel zu verwenden, die eine Temperatur von 60 °C nicht über- und eine Wellenlänge von 590 nm nicht unterschreiten.

Ergeben sich vor und während der Erschließungsarbeiten Hinweise auf die Anwesenheit geschützter Arten inkl. Entwicklungsstadien (Eier, Küken, Jung- u. Alttiere) und ihren Brut- und Lebensstätten (Bruthöhlen, Spalten, Nester, Hohlräume etc.), ist zwecks weiterer Vorgehensweise eine Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) zu suchen.

CEF-Maßnahmen:

Sog. CEF-Maßnahmen sind ausdrücklich vor Beginn der Erschließungsarbeiten, hier vor der Beseitigung von Gehölzstrukturen, umzusetzen.

Maßnahme 1 zur Tiergruppe der Brutvögel:

Anbringen bzw. Aufhängen von Höhlenbrüter-Nisthilfen (Brutkästen), je gefällttem Baum ab 30 cm Bruthöhendurchmesser zwei Nisthilfen,
a) 1x Nisthilfe für die Vogelart "Star" (Schlupflochdurchmesser 45 mm),
b) 1x Nisthilfe für die Vogelarten "Blaumeise/ Sumpfmeise" (Schlupflochdurchmesser 26 mm) in geeigneten Gehölzbeständen in ca. 50 m Abstand zum Plangebiet:

Die Nisthilfen müssen in ihrer Bauweise und Beschaffenheit den Bedürfnissen/Brutverhalten der o.g. Vogelarten entsprechen.

Die Zahl und die genaue Lage der Nisthilfen ist in Abstimmung mit der UNB zu ermitteln und festzulegen.

Maßnahme 2 zur Tiergruppe der Brutvögel:

Die Umsetzung der Maßnahme 2 wird aus artenschutzrechtlicher Sicht trotz des Erhalts der südlich des Grabens verlaufenden Heckenstruktur für zwingend erforderlich gehalten, da die Heckenstruktur nach dem Entstehen der Wohn- und Nebengebäude

Die Maßnahmen „Vermeidung (Brutvögel)“ und „Vermeidung 1 (Fledermäuse)“ werden um die nebenstehenden Ausführungen ergänzt.

CEF-Maßnahmen:

Bei den Maßnahmen „Ausgleich (Brutvögel)“ und „Ausgleich Fledermäuse“ wird ergänzt, dass diese im Vorfeld möglicher Fällungen durchzuführen sind.

Maßnahme 1 zur Tiergruppe der Brutvögel:

Die Ausführungen entsprechend der Maßnahme „Ausgleich (Brutvögel)“.

Die Anzahl ergibt sich aus der Anzahl der ggf. gefällten Bäume mit einem Bruthöhendurchmesser von mehr als 30 cm. Es wird ergänzt, dass die Lage der Nisthilfen mit der UNB abzustimmen ist.

Maßnahme 2 zur Tiergruppe der Brutvögel:

Mit dem Erhalt der Heckenstruktur kann ein Lebensstättenverlust ausgeschlossen werden. Im Zusammenhang mit dem Störungsverbot wird in der saP ausgeführt, dass bei euryöken, landes- und bundesweit

in ihren Wechselwirkungen und Wechselbeziehungen zu benachbarten Biotoptypen beeinträchtigt und darüber hinaus weiteren Beeinträchtigungen wie Lärmimmissionen, Rückschnitten etc. ausgesetzt sein wird.

Eine neue Heckenstruktur sollte der betroffenen Heckenstruktur entsprechen. Die Mindestbreite hat drei (3) Pflanzreihen (= 6 m breit) zu betragen, die Mindestlänge hat sich an der Länge der betroffenen Struktur zu orientieren, die Heckenstruktur ist aus heimischen standortgerechten Laubgehölzen, hier insbesondere Vogelnährgehölzen anzulegen.

Maßnahme 2 zur Tiergruppe der Fledermäuse:

Aufhängen bzw. Anbringen von Fledermauskästen/-höhlen, je gefällttem Baum ab 30 cm Bruthöhendurchmesser ein Fledermauskasten/-höhle aus selbstreinigendem Holzbeton in geeigneten Gehölzbeständen in einem Abstand von ca. 50 m zum Plangebiet Die Zahl und die genaue Lage der Fledermauskästen in Abstimmung mit der UNB zu ermitteln und festzulegen.

Maßnahme 1 zur Tiergruppe der Fledermäuse:

Umwandlung landwirtschaftlicher Ackerflächen in extensiv genutzte Grünlandflächen in naher/näherer Umgebung

Das Bepflanzen/Schließen lückenhafter und schlecht strukturierter Gehölz- bzw. Heckenstrukturen mit heimischen standortgerechten Laubgehölzen in naher/näherer Umgebung

Die Maßnahmen bedürfen einer näheren Definition und detaillierteren Beschreibung, wobei die Lage, die Art und der Umfang konkret festzulegen sind.

ungefährdeten und ubiquitären Arten, wie z.B. Amsel, Singdrossel oder Blaumeise vorhabenbedingt keine populationsrelevanten Beeinträchtigungen zu erwarten sind. Für die in/an der Vorhabenfläche selbst erfassten Arten, die in einer der Gefährdungskategorien gelistet sind (Bluthänfling, Grauschnäpper, Star und Trauerschnäpper), sind unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Vorbelastung durch die Nähe zur bestehenden Siedlung keine populationsrelevanten Auswirkungen zu erwarten. Entsprechend dieser Argumentation kann auf die Schaffung einer gesonderten Heckenstruktur verzichtet werden.

Maßnahme 2 zur Tiergruppe der Fledermäuse:

Die Ausführungen entsprechen der Maßnahme „Ausgleich Fledermäuse“. Die Anzahl ergibt sich aus der Anzahl der ggf. gefällten Bäume mit einem Bruthöhendurchmesser von mehr als 30 cm. Es wird ergänzt, dass die Lage der Fledermauskasten/-höhle mit der UNB abzustimmen ist.

Maßnahme 1 zur Tiergruppe der Fledermäuse:

In der saP wird die Die Überplanung des Grünlandbereiches dem Lebensstättenverlust zugeordnet. Der Lebensstättenchutz erstreckt sich auf Fortpflanzungs- und Ruhestätten. Ein Grünland ist nicht geeignet, eine Fortpflanzungsstätte für Fledermäuse zu sein. Auch Ruhestätte können diesbezüglich ausgeschlossen werden (Orte, die ein Tier regelmäßig zum Ruhen oder Schlafen aufsucht oder an die es sich zu Zeiten längerer Inaktivität zurückzieht. Somit ist das angesprochene Grünland für die Lebensstätte unerheblich. Nahrungshabitate, Jagdreviere sowie Wanderkorridore und Flugrouten fallen nicht unter den Schutz der Fortpflanzungs- und Ruhestätten, sofern durch ihre Beschädigung nicht die Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte vollständig entfällt (essentielle Habitatbestandteile). Östlich des Plangebietes gibt es große Freiflächen, die parallel zur Gehölzreihe verlaufen (lineare Struktur für die Fledermäuse), die auch als Jagdgebiet geeignet sein könnten. Für einen essentiellen Habitatbestand kann bei dem im Plangebiet überplanten Grünland somit nicht ausgegangen werden.

<p>Naturschutzfachliche Belange:</p> <p>Das Plangebiet wird allseitig von linearen Gehölzstrukturen in guter Ausprägung und Beschaffenheit umgeben. Die Gehölzstrukturen erfüllen in Verbindung mit der intensiv genutzten Grünbrache eine bedeutende Funktion als Rückzugsgebiet, Lebensraum, Brut- und Nahrungshabitat sowie Wanderkorridor zahlreicher Tierarten.</p>	<p>Gemäß den Ausführungen der saP sind die genannten Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Störungsverbot ebenfalls nicht notwendig. Bei den gebäudebewohnenden, kulturfolgenden Arten wie der Breitflügel- und der Zwergfledermaus sind keine populationsrelevanten Beeinträchtigungen durch anlage- und betriebsbedingte Vorhabenwirkungen zu erwarten. Ebenso beim Großen Abendsegler, dessen Flugaktivität sich im strukturierten Raum auf Luftschichten oberhalb der Baumwipfel beschränkt, die in geringerem Maß von bodennahen Emissionen wie Licht und Schall eines Wohngebiets beeinflusst sind. Bei den Arten Rauhaut- und Kleiner Bartfledermaus ist von Störungen und einer damit verbundenen Meidung der betroffenen Bereiche, durch Beleuchtung und Schallemissionen auszugehen, da sich ihre Jagdflüge auch unmittelbar innerhalb der Vorhabenfläche erstrecken (Gräben und Gehölzreihen). Eine erhebliche Beeinträchtigung liegt dann vor, wenn ein Quartier, ein Nahrungsgebiet oder eine Flugstraße von den Fledermäusen nicht mehr in dem Maße genutzt werden kann, wie dies ohne das geplante Vorhaben der Fall wäre. Eine erhebliche Beeinträchtigung kann nur vermieden werden, wenn entweder das Vorhaben an sich ausbleibt oder geeignete Vermeidungsmaßnahmen durchgeführt werden, die den Eingriff in seiner Wirkintensität unter die Erheblichkeitsschwelle bringen. Die Erfüllung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG wird unter Berücksichtigung der Maßnahme zur Vermeidung bzw. Verminderung der Auswirkungen (Auflagen zur Beleuchtung, Abstand zu den wertgebenden Strukturen, Erhalt der Hecken- und Grabenstruktur, Erhalt eines Räumstreifens) ausgeschlossen. Zur langfristigen Sicherung des Quartierpotenzials wird die Stadt Papenburg einzelne Lückenschließungen im Bereich der benachbarten städtischen Baum-Hecken-Strukturen in Abstimmung mit der UNB vornehmen. Dies wird als Hinweis in den Planunterlagen ergänzt.</p> <p>Naturschutzfachliche Belange:</p> <p>Die westlich und östlich verlaufenden Gehölzstrukturen befinden sich außerhalb des Geltungsbereiches. Die südlich des Grabens verlaufende Heckenstruktur befanden sich schon immer auf privaten Grundstücken. Diese wird nun im Rahmen dieser Bauleitplanung mit einem Erhaltungsgebot gesichert. Entlang der nördlichen Geltungsbereichsgrenze werden</p>
--	--

Darüber hinaus wirken sie sich positiv auf das Kleinklima aus (Kaltluftschneisen), dienen als (Fein-)Staubfilter und speichern Stickoxide.

Durch die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes wird ein erheblicher Teil der Gehölzstrukturen weichen müssen. Des Weiteren wird eine offene bzw. unversiegelte Grundfläche in Anspruch genommen und einer Bebauung zugeführt, d.h. die Grundfläche wird in ihrer Gestalt und Nutzung verändert und geht für Natur und Landschaft dauerhaft verloren. Sie steht den Tier- und Pflanzenarten als Lebensraum, Brut- und Nahrungshabitat oder Rückzugsgebiet nicht mehr zur Verfügung. Die randlichen Gehölzstrukturen erfahren zudem eine erhebliche Beeinträchtigung, da sie durch Beseitigung und Isolation ihre Funktionen für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild (Lärm- und Schadstoffimmissionen, Einengung etc.) nicht mehr in vollem Umfang erfüllen können und Wechselbeziehungen zu benachbarten Biotoptypen empfindlich gestört oder gar unterbrochen werden.

Durch die dauerhafte Beseitigung wertvoller Gehölzstrukturen und der zusätzlichen Versiegelung einer offenen Grundfläche lassen sich erhebliche Beeinträchtigungen der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes nicht ausschließen. Die Veränderung der Gestalt und Nutzung der Grundfläche werden aus naturschutzfachlicher Sicht demzufolge als erheblich betrachtet.

Die entstehenden Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes sind aus naturschutzfachlicher Sicht so zu betrachten und zu behandeln, dass sich die Beeinträchtigungen unterhalb der sog. Erheblichkeitsschwelle bewegen bzw. dass keine erheblichen Beeinträchtigungen für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zurückbleiben.

Durch das Schaffen gleichwertiger Lebensräume und Biotoptypen ist dem dauerhaften Verlust der o.g. Lebensräume und Standorte für Tier- und Pflanzenarten unbedingt entgegenzuwirken. Im Sinne des Artenschutzes, einer intakten und funktionsfähigen Ortsdurchgrünung und der Verbesserung der kleinklimatischen Verhältnisse sind die Beeinträchtigungen durch das Schaffen heimischer standortgerechter Grünstrukturen (z.B. Obst- und/oder Laubgehölze) aufzufangen.

die wertgebenden Bäume ebenfalls mit einem Erhaltungsgebot gesichert. Somit kann ausgeschlossen werden, dass, wie oben bereits beschrieben, ein „erheblicher Teil der Gehölzstrukturen weichen“ muss. Sie steht den Tier- und Pflanzenarten als Lebensraum, Brut- und Nahrungshabitat oder Rückzugsgebiet weiterhin zur Verfügung. In diesem Zusammenhang wird auch auf die vorangestellten Ausführungen aus der saP verwiesen. Die randlichen Gehölzstrukturen erfahren keine erhebliche Beeinträchtigung durch Beseitigung oder Isolation. Wechselwirkungen zu benachbarten Biotoptypen bleiben weiterhin bestehen. Somit kann an den bestehenden Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen unter Berücksichtigung des Verfahrens gem. § 13a BauGB festgehalten werden.

<p>7. Stellungnahme: Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, Hannover Datum: 21.02.2025 (S01420133)</p> <p><u>Inhalt</u> Eine Ausbauentcheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung:</p> <p>Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH Neubaugebiete KMU Südwestpark 15 90449 Nürnberg</p> <p>Neubaugebiete.de@vodafone.com</p> <p>Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.</p> <p>Weiterführende Dokumente:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH • Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH • Zeichenerklärung Vodafone GmbH • Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH 	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>8. Stellungnahme: Vodafone West GmbH, Düsseldorf Datum: 10.03.2025</p> <p><u>Inhalt</u> Vodafone ist seit Jahrzehnten ein bewährter und verlässlicher Partner der Städte und Kommunen bei der eigenwirtschaftlichen Erschließung von kommunalen Neubaugebieten in Deutschland mit Internet, Telefonie- und TV-Diensten. Seit vielen Jahren realisiert Vodafone über 200 Neubaugebiete jährlich über unser modernes Glasfaser-Koaxial-Hochgeschwindigkeitsnetz.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>

<p>Eine aktuelle Erschließungsprüfung hat ergeben, dass wir das NBG „Südlich Helmingstraße“ eigenwirtschaftlich leider nicht auskömmlich versorgen können.</p> <p>Wir danken Ihnen dennoch herzlich für die Beteiligung am Erschließungsverfahren und hoffen, dass Sie uns auch zukünftig frühzeitig über Ihre Ausbaumaßnahmen informieren werden. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere obenstehende Vorgangsnummer an.</p> <p><u>Bitte beachten Sie:</u> Bei einer Stellungnahme, z.B. wegen Umverlegung, Mitverlegung, Baufeldfreimachung, etc. oder eine Koordinierung/Abstimmung zum weiteren Vorgehen, dass die verschiedenen Vodafone-Gesellschaften trotz der Fusion hier noch separat Stellung nehmen. Demnach gelten weiterhin die bisherigen Kommunikationswege. Wir bitten dies für die nächsten Monate zu bedenken und zu entschuldigen.</p>	
<p>9. Stellungnahme: NABU, Emsland / Grafschaft Bentheim Datum: 04.03.2025</p> <p><u>Inhalt</u> Mit Bezug auf die öffentliche Bekanntmachung vom 31.01.25 und Ihre Beteiligungsmail vom 03.02.2025 gibt der NABU-Regionalverband Emsland / Grafschaft Bentheim e.V. sowohl im eigenen Namen als auch im Namen des NABU-Landesverbandes Niedersachsen folgende Stellungnahme ab.</p> <p>Der NABU-Regionalverband wird nach außen vertreten durch den Vorsitzenden Gerhard Busmann. Der NABU-Landesverband Niedersachsen wird nach außen vertreten durch den Vorsitzenden Dr. Holger Buschmann.</p> <p>Der NABU hat vor allem folgende Bedenken, Anregungen und Hinweise aufgrund der ausgelegten Unterlagen.</p> <p>1. Vermeidungsmaßnahme zu Klimaschutz erforderlich Der Begründung (S. 14) ist zu entnehmen, dass im Planungsbereich Torf ansteht. Torfschichten müssen regelmäßig vor Baumaßnahmen entnommen werden, um eine Standsicherheit der Gebäude zu gewährleisten. Um eine Mineralisation des Torfes</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>1. Vermeidungsmaßnahme zu Klimaschutz erforderlich In diesem Bereich von ASD-Moor gibt es noch Torfschichten, allerdings liegen diese in maximal 0,50 cm tiefen Schichten (RKS 2, RKS4, RKS5, Baugrundgutachten (S.19). Darüber hinaus sind die weiteren</p>

<p>und die damit entstehende CO₂-Belastung zu vermeiden, ist der sofortige Wiedereinbau des Torfs an anderer Stelle erforderlich. Da einzelne Familien mit der Ermittlung geeigneter Flächen überfordert sind, ist von Seiten der Kommune eine entsprechende Verwertungsmöglichkeit zu ermitteln und die Umsetzung im Rahmen vertraglicher Vereinbarung sicherzustellen.</p>	<p>Torfschichten nur schwach torfhaltig, sodass auch aufgrund der langjährigen landwirtschaftlichen Nutzung des Bodens eher von stark organischen Böden ausgegangen werden kann. Für eine frostfreie Gründung ist es ohnehin erforderlich, dass Bauherren die Baugrube mindestens 0,80 m tief ausheben. Daher muss der oberflächennahe Boden – unabhängig davon, ob er torfig ist oder nicht – entnommen werden. Dies stellt keinen zusätzlichen Aufwand dar, der allein auf die Beschaffenheit des Bodens zurückzuführen ist.</p>
<p>2. Widersprüchliche Darstellung der „Grünfläche“ – Regenrückhaltebecken naturnah gestalten</p> <p>Im B-Plan-Entwurf wird die an das Regenrückhaltebecken nördlich angrenzende Fläche grün und laut Legende damit als „Private Grünfläche“ dargestellt. Zugleich trägt sie die Signatur „Ö“ und ist damit laut Bezeichnung eine öffentliche Fläche. Dieser Widerspruch ist zu bereinigen. Da diese Fläche auch laut Signatur „RS“ als Räumstreifen für das Regenrückhaltebecken dienen soll, erscheint ein Verbleib in der öffentlichen Hand als wesentlich sinnvoller.</p> <p>Darüber hinaus regt der NABU an, das Regenrückhaltebecken möglichst naturnah zu gestalten, damit es zugleich auch Funktionen für die Biodiversität übernehmen kann. In dem Zuge sollte das Becken größer/tiefer als für den eigentlichen Wasser-rückhalt erforderlich dimensioniert werden. Der Wasserablauf sollte so eingebaut werden, dass regelmäßig eine gewisse Restwassermenge im Becken verbleibt, um wassergebundenen Tieren und Pflanzen einen Lebensraum zu bieten. Weiterhin sollte das Ufer insbesondere am Nordrand möglichst flach gestaltet zu werden, um Tieren den Zugang zum Gewässer zu erleichtern, eine Schilf- und Röhrichtzone zu ermöglichen und trotzdem mit Balkenmähern Unterhaltungsmaßnahmen durchführen zu können. Darüber hinaus ist das Regenrückhaltebecken samt Räumstreifen und angrenzendem Gehölzbestand einzuzäunen, um zum einen die Verkehrssicherheit zu gewährleisten und zum anderen eine widerrechtliche Inanspruchnahme z.B. durch Ablagerung von Grünschnitt etc. zu unterbinden.</p>	<p>2. Widersprüchliche Darstellung der „Grünfläche“ – Regenrückhaltebecken naturnah gestalten</p> <p>Die in der Legende enthaltene Bezeichnung „Private Grünfläche“ wird in „Grünfläche“ geändert, damit eine funktionsgerechte Bewirtschaftung / Räumung des Grabenbereiches gewährleistet bleibt.</p> <p>Die Dimensionierung ist bereits mit dem Landkreis Emsland abgestimmt. Es wird daran festgehalten.</p>
<p>10. Stellungnahme: Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Emsland, Außenstelle Aschendorf-Hümmling Datum: 06.03.2025</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p>

<p>Inhalt Zu dem o. g. Vorhaben nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Südlich des Plangebietes mit einer Größe von 1,24 ha liegt ein landwirtschaftlicher Betrieb mit Mastschweinehaltung. Nach unserer Einschätzung reichen die, durch die uns bekannte vorhandene Tierhaltung des Betriebes, verursachten Immissionen nicht bis in das Plangebiet hinein. Die Entwicklung des Betriebes wird durch die o.g. Planung nicht beeinträchtigt, da die vorhandene Wohnbebauung diese bereits einschränkt.</p> <p>Daher bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.</p> <p>Das Forstamt Weser-Ems äußert sich zum o.g. Vorhaben wie folgt:</p> <p>Gegen das oben genannte Vorhaben bestehen von Seiten des Forstamtes Weser-Ems keine Bedenken.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>11. Stellungnahme: Wasser- und Bodenverband „Aschendorfer Ober- und Untermoor“, Aschendorf Datum: 11.03.2025</p> <p>Inhalt Seitens des Wasser- und Bodenverbandes bestehen gegen die Aufstellung des o.g. Bebauungsplans keine grundsätzlichen Bedenken, wenn folgende Auflage und Bedingung eingehalten wird:</p> <p>1. Der Wasser- und Bodenverband ist am wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen.</p> <p>2. Zur Sicherstellung der Gewässerunterhaltung ist an den Gewässern III. Ordnung ein 3,0 m breiter Räumstreifen von Anpflanzungen und jeglicher Art von Bebauung freizuhalten. Der erforderliche Räumstreifen muss jederzeit frei durchgängig hergestellt werden.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Der Wasser- und Bodenverband wird am wasserrechtlichen Verfahren beteiligt.</p> <p>Im östlichen Bereich gibt es bereits einen drei Meter breiten Fuß- und Radweg, der gleichzeitig als Räumstreifen genutzt werden kann. Zudem befindet sich im westlichen Bereich kein Graben (siehe Grabenkataster). Im Rahmen des Entwässerungsantrages laufen bereits Gespräche darüber, dass die Stadt Papenburg die Verantwortung für die Gräben im Geltungsbereich übernimmt. Die Verantwortung liegt dann bei der Stadt</p>

Um Übersendung einer Durchschrift des Beschlussvorschlages wird gebeten.	<p>Papenburg. Die Räumstreifen sind bereits mit dem Bereich Stadtentwässerung abgestimmt.</p> <p>Dem Wasser- und Bodenverband wird eine Durchschrift des Beschlussvorschlages zugesandt.</p>
--	--

VERFAHRENSGANG: **Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB**

Aus der Öffentlichkeit wurden die nachfolgenden Bedenken oder Anregungen/Hinweise zur Planung vorgetragen:

<p>1. Stellungnahme: Anwohner*innen 1 Datum: 03.03.2025</p> <p><u>Inhalt</u> Ich und meine Familie sind Anwohner an der Helmingstrasse. Die Zufahrt zum neuen Baugebiet "Südlich Helmingstrasse" soll über die Helmingstrasse erfolgen. Ich schlage vor die Zufahrt über die Glatzerstrasse oder die Gutshofstrasse zu lösen, hier sind alternative Lösungen sehr gut umsetzbar.</p> <p>Während der doch langfristigen Bautätigkeiten ist mit erheblichem Verkehr durch LKWs sowie Baufahrzeugen zu rechnen. Dies schadet nicht nur der Straße sondern gefährdet auch spielende Kinder. Auch ist unsere Lebensqualität in der Straße deutlich eingeschränkt.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Es gibt keine alternative Lösung für die Erschließung des Geltungsbereiches, da entlang der Gutshofstraße keine ausreichend breiten städtischen Flächen zur Verfügung stehen. Auch eine Zufahrt über die Glatzerstraße ist nicht realisierbar, da dort weder genügend Platz vorhanden ist noch eine Umgestaltung aufgrund des großen Baumbestands möglich wäre. Bereits im Bebauungsplan Nr. 218 „Zwischen Glatzer Str. und Lönsstraße“ war eine Zufahrt für das neue Baugebiet vorgesehen. Im Ergebnis wird daran festgehalten, dass die bestehende Zufahrt von der Helmingstraße für die verkehrliche Anbindung genutzt wird.</p>
--	--

<p>2. Stellungnahme: Anwohner*innen 2 Datum: 03.03.2025</p> <p><u>Inhalt</u> Ich habe eine Frage zur Zufahrtsregelung des neuen Baugebiets "Südlich Helmingstraße". Warum muss die Zufahrt über den bestehenden Teil der Helmingstraße erfolgen?</p> <p>Wir befürchten dadurch die erhebliche Zunahme des Straßenverkehrs durch schwere Baufahrzeuge, Bauherren und sonstige Beteiligte. Die Straße würde durch die schweren Fahrzeuge erheblich leiden, zudem leben einige kleine Kinder in unserer Straße. Die Unfallgefahr würde sich deutlich erhöhen.</p> <p>Einfacher wäre es doch die Zufahrt über die Glatzer Straße zu regeln, rechts neben der alten Schule (Flurstück (136/3)) oder über die Gutshofstraße (Flurstück (115/2)).</p> <p>Das würde die Verkehrssituation deutlich entlasten.</p> <p>Über eine Rückmeldung zu meinem Einwand würde ich mich freuen.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Es gibt keine alternative Lösung für die Erschließung des Geltungsbereiches, da entlang der Gutshofstraße keine ausreichend breiten städtischen Flächen zur Verfügung stehen. Auch eine Zufahrt über die Glatzerstraße ist nicht realisierbar, da dort weder genügend Platz vorhanden ist noch eine Umgestaltung aufgrund des großen Baumbestands möglich wäre. Bereits im Bebauungsplan Nr. 218 „Zwischen Glatzer Str. und Lönsstraße“ war eine Zufahrt für das neue Baugebiet vorgesehen. Im Ergebnis wird daran festgehalten, dass die bestehende Zufahrt von der Helmingstraße für die verkehrliche Anbindung genutzt wird.</p>
<p>3. Stellungnahme: Anwohner*innen 3 Datum: 06.03.2025</p> <p><u>Inhalt</u> Wir freuen uns sehr, dass neue Grundstücke in ASD-Moor Siedlung entstehen - wirklich nur zu begrüßen!</p> <p>Allerdings haben wir Bedenken, dass der Baustellenverkehr mit schwerem Gerät über die Helmingstraße einfährt. Zum einen natürlich aufgrund der vielen Kinder, zum anderen aber auch, da der Radius ziemlich klein ist, um die neuen Flächen zu erreichen.</p> <p>Idealer könnte eine Zufahrt direkt über die Gutshofstraße sein (115/2) oder aber auch über die Glatzer Straße südöstlich des DGH.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Es gibt keine alternative Lösung für die Erschließung des Geltungsbereiches, da entlang der Gutshofstraße keine ausreichend breiten städtischen Flächen zur Verfügung stehen. Auch eine Zufahrt über die Glatzerstraße ist nicht realisierbar, da dort weder genügend Platz vorhanden ist noch eine Umgestaltung aufgrund des großen Baumbestands möglich wäre. Bereits im Bebauungsplan Nr. 218 „Zwischen Glatzer Str. und Lönsstraße“ war eine Zufahrt für das neue Baugebiet vorgesehen. Im Ergebnis wird daran festgehalten, dass die bestehende Zufahrt von der Helmingstraße für die verkehrliche Anbindung genutzt wird.</p>

4. Stellungnahme: Anwohner*innen 4

Datum: 06.03.2025

Inhalt

Ich möchte eine Frage zur geplanten Zufahrtsregelung des neuen Baugebiets "Südlich Helmingstraße" stellen. Warum soll die Zufahrt über den bestehenden Teil der Helmingstraße erfolgen?

Durch diese Regelung befürchten wir eine erhebliche Zunahme des Verkehrsaufkommens, insbesondere durch schwere Baufahrzeuge, Bauherren und weitere Beteiligte. Dies würde nicht nur zu einer stärkeren Belastung der Straße führen, sondern auch die Sicherheit unserer Anwohner, insbesondere der Kinder, gefährden. Die Unfallgefahr würde sich somit deutlich erhöhen.

Eine alternative und verkehrsentlastende Lösung wäre, die Zufahrt über die Glatzer Straße (rechts neben der alten Schule, Flurstück 136/3) oder über die Gutshofstraße (Flurstück 115/2) zu führen. Dies würde die Belastung der Helmingstraße reduzieren und die Verkehrssituation insgesamt verbessern.

Ich bitte Sie daher, diese Alternativen zu prüfen, und freue mich auf Ihre Rückmeldung zu meinem Einwand.

Entscheidungsvorschlag:

Es gibt keine alternative Lösung für die Erschließung des Geltungsbereiches, da entlang der Gutshofstraße keine ausreichend breiten städtischen Flächen zur Verfügung stehen. Auch eine Zufahrt über die Glatzerstraße ist nicht realisierbar, da dort weder genügend Platz vorhanden ist noch eine Umgestaltung aufgrund des großen Baumbestands möglich wäre. Bereits im Bebauungsplan Nr. 218 „Zwischen Glatzer Str. und Lönsstraße“ war eine Zufahrt für das neue Baugebiet vorgesehen. Im Ergebnis wird daran festgehalten, dass die bestehende Zufahrt von der Helmingstraße für die verkehrliche Anbindung genutzt wird.

Aufgestellt:

Papenburg, 17.03.2025

Ing.-Büro W. Grote GmbH